

Kurzmeldungen 9/07

neues Gentechnikgesetz

Im Juli 2007 beschloß die Bundesregierung ein neues Gentechnikgesetz. Nach längerem Streit zwischen SPD und CDU soll nun das Standortregister öffentlich zugänglich bleiben. Die gesamtschuldnerische Haftung aller Bauern, die gentechnisch veränderte Organismen (GMO) anbauen, bleibt erhalten. Die Gentechnikkonzerne haften aber weiterhin nicht und die Laborkosten, um die gentechnischen Verunreinigungen nachzuweisen, müssen weiterhin die Ökobauern zahlen.

Die Nutzung der Kennzeichnung "ohne Gentechnik" soll erleichtert werden. Die Kennzeichnungspflicht von gezielt eingebrachten GMO in Lebensmitteln wird auf Milch, Eier, Käse und Fleisch ausgedehnt. Damit müssen Lebensmittel von mit GMO gefütterten Tieren gekennzeichnet werden. Die meisten in Europa genutzten Gentechnik-Produkte gingen bisher in die Fütterung.

Lebensmittel mit einer unabsichtlichen Verunreinigung von mehr als 0,9% sind ebenfalls kennzeichnungspflichtig. Produkte, die jedoch genveränderte Hilfs- und Zusatzstoffe (z.B. Aromen) enthalten, brauchen weiterhin nicht gekennzeichnet werden.

Als Abstand von Bt-Mais zu konventionellen Aussaten wurde 150m, zum ökologischem Anbau 300 m festgelegt. Benachbarte Landwirte können diese Abstandsregeln aber nach Absprache umgehen. Auch im neuen Gesetz werden keine Schutzmaßnahmen für Imker getroffen, die in besonderer Weise vom Gentechnikanbau betroffen sind.

Im nächsten Schritt soll nun die genveränderte Kartoffelsorte "Amflora" für den industriellen Einsatz zugelassen werden.

Quelle: bundesregierung.de 24.7.07, keine-gentechnik.de

Nato will unbefristeten Tornado-Einsatz

Die Nato fordert einen zeitlich unbegrenzten Einsatz der Bundeswehr-Tornados in Afghanistan. Seit dem 15. April fliegen Tornado-Aufklärungsjets der Bundeswehr über Afghanistan. Das jetzige Bundestagsmandat ist zunächst bis zum 13. Oktober befristet. Das Bundesverfassungsgericht entschied, daß der Tornadoeinsatz vom NATO-Vertrag von 1955 gedeckt ist, da sich der Krieg in Afghanistan gegen den Angriff auf einen Bündnispartner richtet.

Quelle: tagesschau.de 1.+3.7.07

Definjagd

In Japan findet das größte Delfinmassaker der Welt statt. Darauf wies Pro Wildlife e.V. hin. Jährlich werden bis zu 20.000 Delfine getötet, obwohl es kaum eine Nachfrage für das Delfinfleisch gibt. Hintergrund der sinkenden Nachfrage in Japan ist die starke Belastung des Delfinfleisches mit Quecksilber und anderen Giftstoffen, die den in Japan zulässigen Grenzwert um das bis zu 87fache übersteigt.

Wiederholt verurteilte die IWC diese Jagd als unverantwortlich. Doch Japan ignoriert dies konsequent und vergibt stattdessen eigenmächtig Fangquoten. Einige Arten, wie der Blauweiße Delfin, sind inzwischen in Japan fast ausgerottet.

Quelle: dpa 3.9.07

Ökosteuer in Dänemark

Um 1,35 Mrd Euro soll die Einkommensteuer in Dänemark gesenkt werden und durch eine Umweltsteuer auf Energie ersetzt werden.

Quelle: sonnenseite.com 26.8.07

EU-Subventionen

Mit einem „Globalisierungsfonds“ will die EU-Kommission Subventionen für Umschulungen der Beschäftigten großer Konzerne bereitstellen, wenn die Konzerne im Zuge der Globalisierung ihren Standort verlagern. Wenn es aber nur zu Produktionsverlagerungen innerhalb der EU kommt zahlt der Fonds nicht.

Seit dem Jahr 2000 sind nach einer Studie von Pricewaterhouse-Coopers 700 000 Produktionseinheiten in der Autoindustrie im Westen der EU verschwunden. Gleichzeitig wurden in Osteuropa rund 1,25 Millionen Einheiten geschaffen.

Dass Stellen in die neuen EU-Staaten verlagert werden, ist nach den Worten des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, der den Fonds einst initiiert hatte, Folge gesunden Wettbewerbs.

Quelle: FAZ 27.6.07

Biowaffen-Verbot

Die UNO verhandelt in Genf über das Verbot von biologischen Waffen, um zu verhindern, dass Krankheitserreger als biologische Kampfstoffe eingesetzt werden. Lediglich zehn Mutationen im Vogelgrippevirus H5N1 würden beispielsweise genügen, damit es unmittelbar von Mensch zu Menschen übertragbar wird.

Trotzdem fordern die Militärs immer nachdrücklicher die Biowaffenforschung auszuweiten. Allein die USA wollen im nächsten Jahr 5,42 Mrd. Dollar für das „Biodefense“-Programm ausgeben. Schätzungsweise etwa 20 000 Personen hantieren dort an über 400 Einrichtungen mit Biowaffen-Materialien, doch häufig wird im Reagenzglas erst die Gefahr geschaffen, die später bekämpft werden soll.

Schon allein durch technische Unfälle, Havarien oder unzureichende Sicherheitsvorkehrungen können Katastrophen nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch über die Grenzen einzelner Länder und Regionen hinaus ausbrechen. Erst vor kurzem infizierten sich im Hochsicherheitslabor der renommierten Texas A&M Universität (TAMU) mehrere Mitarbeiter bei Manipulationen an Biowaffen-Erregern mit den gefährlichen Bakterien.

Quelle: lebenshaus-alb.de

Kinderarmut

In Deutschland wächst die Kinderarmut. Mehr als jedes fünfte Kind lebt bereits auf Sozialhilfeniveau. 1,9 Mio Kinder unter 15 Jahren leben in Hartz-IV-Haushalten. Das sind gut 10% mehr als ein Jahr zuvor, obwohl die Zahl der unterstützten Menschen insgesamt

sank. Hinzu kommt etwa eine weitere Million Kinder aus Flüchtlingsfamilien, die je nach Bundesland bis zu 30% weniger Unterstützung als deutsche Kinder bekommen. Kinder von illegal Eingewanderten sind ebenfalls nicht erfaßt.

Über ein Viertel der Familien mit drei und mehr Kindern hat den Hartz-IV-Satz zum Leben. Noch schwieriger ist die Lage für Alleinerziehende, von denen jeder Zweite in diese Kategorie fällt. Ihre Zahl steigt seit Jahren und parallel dazu die Zahl der armen Kinder. 60% der deutschen Kinder, die von Sozialgeld leben, wohnen mit nur einem Elternteil zusammen. In Deutschland sei das Armutsrisiko von Kindern rund dreimal so hoch wie in Schweden.

Die Eltern bekommen im Regelfall für ihre Kinder 208 Euro Sozialgeld im Monat und kein Kindergeld, also 6,80 Euro am Tag. Bei der Kalkulation des Betrags ist man von 2,57 Euro pro Tag für Ernährung und Getränke ausgegangen. Das Mittagessen in manchen Kitas und Schulen kostet bereits 2,50 bis 3,50 Euro. Deshalb können arme Kinder oft nicht am Schulesse teilnehmen.

Allein mit höheren Kinderpauschalen ist solchen Familien nicht geholfen. Sie brauchen auch Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags und der Erziehung ihrer Kinder. Das Bundesfamilienministerium schätzt, dass 5-10% aller Kinder unter 6 Jahren vernachlässigt werden, das seien bis zu 500 000 Jungen und Mädchen. Doch nur 40 000 Familien bekommen sozialpädagogische Hilfe bei der Betreuung ihrer Kinder. Schon in der Grundschule haben arme Kinder deutlich schlechtere Noten und bleiben öfter sitzen als ihre Klassenkameraden aus bessergestellten Familien. Nur 12% wechseln anschließend auf das Gymnasium. Bei Kindern, die niemals Armut erlebten, sind es dreimal so viele.

Quelle: Die Zeit 9.8.07

Todeszonen im Meer

Todeszonen im Meer sind Zonen, denen der Sauerstoff ausgeht und alles Leben abgestorben ist. 1990 waren die Todeszonen der Ostsee schon etwa doppelt so groß wie das Bundesland Hessen. Sie haben sich inzwischen nochmals verdoppelt und entstehen vor allem in Küstennähe zu Industriestaaten.

Die UNEP schätzt die Zahl der Todeszonen ohne Fische und andere Meerestiere inzwischen weltweit auf 200. Die Todeszonen entstehen dort, wo viel Dünger ins Meer eingeleitet wird. So entstehen große Algenflächen. Deren Blüte sinkt später auf den Meeresboden. Es kommt zu Gärungsprozessen, die den Sauerstoff des Wassers verbrauchen und zum Tod der Fische führen.

Die Nährstoffzufuhr in die Meere hat sich seit 1960 weltweit verdreifacht. Der WWF geht davon aus, dass pro Jahr 35.000 t Phosphor und über eine Mio t Stickstoff in die Ostsee gespült werden. Ursache ist meist die Überdüngung in der Landwirtschaft. Schon in den vergangenen 15 Jahren wollten die Ostsee-Anrainerstaaten die Phosphat- und Nitratzufuhr halbieren - dieses Ziel wurde jedoch nur zur Hälfte erreicht.

Quelle: taz 27.7.07

Weltartenschutzkonferenz in Den Haag

Der Europäische Aal ist in einigen Gebieten um bis zu 99% seit 1980 zurückgegangen. Auch Sägefische, Störe, Nashörner und Tiger werden für den illegalen Handel getötet. Daher soll der Handel mit damit eingeschränkt werden. Die Bestände an Elfenbein von

Afrikanischen Elefanten dürfen noch verkauft werden. Anschließend soll der Elfenbeinverkauf für 9 Jahre ruhen.

Die Heie bleiben der Überfischung ausgeliefert. Das hochwertige Tropenholz Cedro, auch bekannt als Spanische Zeder, wird nicht besser geschützt. Die als Schmuck und Souvenir populäre Rote Koralle darf weiterhin beliebig verkauft werden. Dies entschied die Vollversammlung in letzter Abstimmung, nachdem einige Tage zuvor zuerst der Schutz der Koralle beschlossen worden war.

Quelle: sonnenseite.com 18.6.07, WWF

Pestizidreport NRW

In Nordrhein-Westfalen werden jährlich ca. 3000 Obst- und Gemüseproben aus dem In- und Ausland auf Rückstände von bis zu 600 Pestiziden untersucht. Dabei wurden bei Johannisbeeren, Grünkohl, Paprika, Gurken und Erdbeeren häufig Belastungen mit Pestiziden festgestellt. Die Grenzwerte dieser Produkte wurden bei etwa 10% der Proben überschritten. Andere Obst- und Gemüsesorten waren weniger belastet. Ökowaren waren fast immer frei von Pestiziden.

Quelle: ILM Münster 7.9.07

(munlv.nrw.de/verbraucherschutz/lebensmittel/pestizidreport/index.php)

Genraps illegal ausgesät

Vom Saatgutzuchtunternehmen DSV AG wurden 8 t gentechnisch verändertes Raps-Saatgut ausgeliefert. Das Unternehmen vermutet als Ursache Freisetzungversuche mit herbizidresistenten genveränderten Rapspflanzen in den 90er Jahren. Das gelieferte Saatgut reicht für über 1600 Hektar Anbaufläche und wurde überwiegend bereits ausgesät.

Die Saat soll jetzt untergeflügt werden. Es ist möglich, dass ein geringer Anteil der gentechnisch veränderten Pflanzen in der Natur überlebt, weil einmal gesäter Raps im Boden über mehrere Jahre keimfähig bleibt.

Quelle: dpa 30.8.07

Gen-Kartoffel „Amflora“ zugelassen

Die umstrittene Gen-Kartoffel „Amflora“ darf in Zukunft in Europa für industrielle Zwecke angepflanzt werden. Beim Treffen der EU-Agrarminister am Montag in Brüssel gab es weder eine Mehrheit dafür noch dagegen, die Pflanze zuzulassen. Bei einer solchen Patt-Situation kann die EU-Kommission selber die Zulassung genehmigen.

Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) stimmte für eine Einführung. Österreich, Italien und Polen lehnten die Zulassung ab.

Mit der Kartoffel soll industriell nutzbare Kartoffel-Stärke erzeugt werden. Diese könnte bei der Produktion von Textilien, Klebstoffen, Waschmitteln oder Papier zum Einsatz kommen. Die BASF will diese Kartoffel auch zur Erzeugung von Futtermitteln nutzen. Die Pflanze enthält aber auch ein Resistenz-Gen gegen das medizinische Antibiotikum Kanamycin. Es bestehen daher gesundheitliche Gefahren bei der Verbreitung dieser Resistenzgene.

Quelle: dpa 16.7.07, tagesschau.de 17.7.07

Patente auf Pflanzen

Greenpeace hat im Juli 2007 am Europäischen Patentamt in München Einspruch gegen ein Patent auf Sonnenblumen eingelegt. Der US-Konzern Pioneer hatte im Oktober 2006 ein Patent auf normale Sonnenblumen erhalten, die nicht gentechnisch verändert worden sind. Die Pflanzen weisen aufgrund natürlicher Erbanlagen eine Resistenz gegenüber Wurzelschädlingen auf.

Im Juni 2007 hat das Europäische Patentamt die sogenannte Große Beschwerdekammer beauftragt, die Frage zu entscheiden, ob Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren selbst dann patentiert werden können, auch wenn keine gentechnischen Änderungen vorliegen.

Das Europäische Patentamt hat in der Vergangenheit fast alle Grenzen der Patentierbarkeit systematisch ausgehebelt. Im Jahre 2000 hatte die Große Beschwerdekammer bereits in einem anderen Verfahren Grünes Licht für Patente auf Gen-Saaten gegeben. Seitdem sind hunderte derartiger Patente in Europa erteilt worden. Jetzt soll anhand einer Brokkoli-Sorte grundsätzlich entschieden werden, ob normale Pflanzen und Tiere patentiert werden dürfen.

In den letzten Monaten hatten sich wegen der anstehenden Entscheidung weltweit mehr als 30 Bauernverbände zu einem Bündnis gegen Patente auf Saatgut zusammengeschlossen. Diese wollen gemeinsam den globalen Widerstand gegen Patente auf Saatgut mobilisieren.

Quelle: Greenpeace.de 10.7.07

Diskussion über Lockerung des Stammzellengesetzes

Fünf Jahre nach Verabschiedung des Stammzellengesetzes wird über die Parteigrenzen hinweg heftig über eine Lockerung diskutiert. Der Nationale Ethikrat hatte sich mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, statt wie bisher nur den Import älterer embryonaler Stammzelllinien für die Forschung zu erlauben, künftig jeden Einzelfall zu prüfen. Konkret würde das den Wegfall der von Wissenschaftlern heftig kritisierten Stichtagsregelung bedeuten. Aktuell sind nur Zellen zugelassen, die vor dem Jahr 2002 gewonnen wurden. Das sind 21 Linien von den heute 500 existierenden Zelllinien.

Die von der SPD angeregte Verschiebung des Stichtags für die Einfuhr älterer embryonaler Stammzellen aus dem Ausland ist umstritten. Von der CDU werden unterschiedliche Positionen vertreten. Die Grünen lehnen eine Gesetzesänderung ab, die Linke ist für Verhandlungen über die Stichtagsregelung und die FDP fordert, sogar über die verbotene Präimplantationsdiagnostik zu beraten.

Quelle: dpa 17.7.07, FAZ 10.5.07

EU-Grundlagenvertrag wird verhandelt

Nach dem gescheiterten Verfassungsentwurf beschloß der Brüssler EU-Gipfel die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung des EU-Vertrages. Der neue "EU-Grundlagenvertrag" soll noch vor der Europawahl 2009 in Kraft treten, damit Volksabstimmungen wie in Frankreich und Holland umgangen werden können. Zunächst

werden Arbeitsgruppen beauftragt, die hinter verschlossenen Türen um die Formulierungen feilschen. Die Einigung über EU-Verträge soll zwischen den Staats- und Regierungschefs einstimmig erfolgen.

In Deutschland und vielen anderen Staaten werden die Parlamente die Verträge ratifizieren. Irland muss eine Volksabstimmung abhalten.

Beschlossen wurde, dass alle EU-Staaten aus Beschlüssen zur Justiz, zur Polizei, der Sozialpolitik jederzeit aussteigen können. Es wurden klare Beitrittsvoraussetzungen und freiwillige Austrittsmöglichkeiten beschlossen. Auch der Kampf gegen den Klimawandel soll zu einer Aufgaben der EU werden.

Die im Jahr 2000 beschlossene Grundrechtecharta der EU wird mit Ausnahme von Großbritannien rechtsverbindlich. Die gescheiterte EU-Verfassung zeigt, daß eine gemeinsame liberale Rechts- und Wertebasis fehlt. Ein EU-Referendum fehlt weiterhin.

Quelle: dpa 23.6.07

Erneuerbare Energien

Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch ist von 4,7% im Jahr 2005 auf 5,8 % im Jahr 2006 angestiegen. Der Beitrag der erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) stieg von 6,6% im Jahr 2005 auf 8,0% im Jahr 2006.

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat im Jahr 2006 weiter zugelegt, ihr Anteil am Bruttostromverbrauch stieg von 10,4 % im Jahr 2005 auf 12,0 % im Jahr 2006.

Der Beitrag der erneuerbaren Energien bei der Wärmebereitstellung stieg von 5,4 % (2005) auf 6,0 % (2006).

Der Beitrag der Biokraftstoffe zur Kraftstoffversorgung im Straßenverkehr erhöhte sich von 3,8 % (2005) auf 6,6 % im Jahr 2006.

Quelle: Bundesumweltministerium, sonnenseite.com, 8.7.07

Forsa-Umfrage zu fossilen Brennstoffen

Nach einer repräsentativen Umfrage von Forsa erwartet jeder achte Bundesbürger (13%) in den nächsten 10 Jahren eine Verknappung fossiler Brennstoffe. Der Großteil der Deutschen (56%) geht dagegen von 11 bis 50 Jahren aus. Weitere 20% sind sogar der Meinung, dass die weltweiten Gas- und Ölreserven erst in 51 bis 100 Jahren ausgeschöpft sein werden.

Laut der Internationalen Energie-Agentur (IEA) ist es möglich, dass die steigende Nachfrage nach Öl bereits ab 2010 nicht mehr von den Förderländern gedeckt werden kann. Diese Tatsache ist der Mehrheit der Deutschen jedoch nicht bekannt.

Fakt ist jedoch, dass die globalen Erdölvorräte bereits innerhalb der nächsten 50 Jahre vollkommen aufgebraucht sein werden.

Quelle: sonnenseite.com 28.8.07

Krebsursache Handy

Eine neue Studie zeigt, dass auch kurze Gespräche mit dem Handy, Auswirkungen auf Hirnzellen haben können. Wissenschaftler des Weizmann Institute of Science in Israel

haben nun nachgewiesen, dass Handy-Strahlungen, auch wenn sie nur kurz und in geringer Intensität auf das Gehirn einwirken, Veränderungen hervorrufen können. Diese könnten mit dem Entstehen von Krebs in Verbindung gebracht werden.

Die Untersuchung, so die Wissenschaftler laut dem Bericht, hätte zeigen können, dass selbst geringe Dosen die Teilung der Hirnzellen beeinflussen könne. Obwohl diese Untersuchung auf Zellebene eine Reaktion auf Handy-Strahlung feststellen kann, liefere sie keinen stichhaltigen Beweis für eine Verbindung von Strahlung und Krebs.

Dennoch zeige diese Studie einen biologischen Effekt, der nicht mit Erwärmung durch die Strahlung im Zusammenhang stehe, was die Ergebnisse der Studie interessant mache.

Für die Untersuchung haben die Forscher Zellen von Menschen und Ratten einer Strahlung ausgesetzt, die weitaus schwächer ist, als bei einem Gespräch mit einem handelsüblichen Handy.

Quelle: silicon.de 3.9.07

Bahnbörsengang

Die Deutsche Bahn AG, die zur Zeit noch vollständig dem Bund gehört, soll nach einem Beschluß der Bundesregierung zur Hälfte privatisiert werden. Das Netz gehört dann weiter dem Bund, aber die Bahn darf 15 Jahre lang das rund 34.000 km lange Schienennetz bewirtschaften und bilanzieren. Der Bund wird über diesen Zeitraum weiterhin jährlich bis zu 2,5 Mrd Euro für Investitionen zum Erhalt und Ausbau des Netzes bereit stellen. Nach Ablauf von 15 Jahre entscheidet dann der Bundestag darüber, ob dieses Konstrukt beibehalten wird. Die Privatisierung bindet den Bund dauerhaft und zwingt ihn in der Zukunft zur Entschädigung des privaten Investors in Höhe von etwa 8 Mrd Euro, um die falschen Konzepte zu korrigieren.

Die DB ist aber nicht Kapitalmarktfähig, da sie zu geringe Gewinne erzielt. Schon von der Kostenstruktur her machen die Investitionen in das Schienennetz den größten Kostenblock aus, der über einen langen Zeitraum abgeschrieben werden muß.

Die Bahn hat ein Vermögen zwischen 100-180 Mrd Euro. Für den Verkauf von 49% der Bahnaktien erwartet der Bund aber nur einen Erlös von 5-9 Mrd Euro. Zusätzlich darf die DB AG große, als nicht wesentlich erachtete Teile des Netzes verkaufen.

Die große Mehrheit der Fahrgäste ist im Nah- oder Regionalverkehr unterwegs, 90 % des Schienenverkehrs sind Bahnfahrten unter 50 km. Doch 60 % aller Investitionen der DB-AG fließen in Hochgeschwindigkeitsstrecken und andere Prestigeobjekte.

Die Ländervertreter befürchten ebenfalls den Rückzug der Schiene aus den Regionen und eine Verteuerung des Bahnverkehrs, wenn neben dem Betrieb auch noch die Gewinnerwartungen der Aktionäre erfüllt werden müssen. Deshalb will Verkehrsminister Tiefensee den Ländern anbieten, ihre Prestigeprojekte mit zu finanzieren. Ein Arbeitspapier des Verkehrsministeriums führt bereits jene Projekte auf, durch deren Realisierung er sich die Zustimmung der Länder erkaufen möchte: z.B. sinnlos teure Transrapid-Strecken, Schienenanbindung an unrentable Regionalflughäfen, Übernahme der Finanzierung des neuen Stuttgarter Bahnhofs.

Nach dem Beschluß im Bundestag muss der Bundesrat zustimmen. Diese haben bereits angekündigt, das Gesetz verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen. Danach wird die entgeltliche Entscheidung zwischen dem Bundesverkehrs- und dem Bundesfinanzministerium fallen. Die Kosten, die bei Umsetzung der genannten Projekte auf das Verkehrsministerium zukommen, liegen jedenfalls um ein Vielfaches höher als

etwa die 6 Mrd. Euro, die der Verkauf des Schienennetzes einbringen soll.

Quelle: tagesschau.de 24.+25.7.07, Bündnis "Bahn für Alle", WirtschaftsWoche 24.8.06
drehzscheibe-online.de, Bahn-Report 4/06, VDI-N 10.8.07

Wüstenausbreitung

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon befürchtet, dass in den nächsten Jahrzehnten ein Drittel der Weltbevölkerung von der Wüstenbildung bedroht sei, über zwei Milliarden Menschen.

Schon in den nächsten 10 Jahren könnten 50 Millionen Menschen zu Flüchtlingen werden. Hauptursache, so eine neue Studie der UNO, sei der Klimawandel. An der Studie haben 200 Fachleute aus 25 Ländern mitgearbeitet.

Das Vordringen der Wüsten gefährdet vor allem Menschen in der Nähe der Sahara sowie der Wüste Gobi. Menschen in Trockengebieten vor allem in Afrika würden durch die veränderten Wetterbedingungen bedroht. Täglich in stehen zur Zeit mindestens 30 000 Hektar Wüste. Auch Südeuropa ist von der Wüstenbildung betroffen. In Spanien sind bereits 10% des Landes ausgetrocknet. 70% des Landes sind von der Wüstenbildung bedroht.

Quelle: sonnenseite.com 4.9.07

Hartz4-Bilanz

Der DGB hat 5 Jahre nach dem Abschlußbericht der Hartz-Kommission eine Bilanz der Arbeitsmarktreformen gezogen. Statt der versprochenen Halbierung der Arbeitslosigkeit ist die Zahl der offiziell registrierten Leistungsempfänger von 6 auf 7,4 Mio angestiegen. 2004 hatten Bund und Kommunen 38 Mrd Euro für Arbeitslosen- und Sozialhilfe ausgegeben, waren 2005 es schon mehr als 44 Mrd Euro.

Beim Start des Programms hatten 200 000 „Aufstocker“ Hartz4 beantragt. 2006 waren 440055 Vollzeit-tätige Aufstocker. Inzwischen geht der DGB davon aus, daß es mehr als eine halbe Million sind.

Quelle: FAZ, 16.8.07